

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Rehburg, den 17.01.2006

Kreistagsfraktion Nienburg/Weser
-Vorsitzender-

Antrag: Resolution zur geplanten zusätzlichen Versalzung von Werra und Weser

Die SPD-Fraktion im Kreistag Nienburg/W. stellt folgenden Antrag gem. Geschäftsordnung zur Behandlung und Beschlussfassung in der Kreistagssitzung am 09. März 2007.

RESOLUTION zur geplanten zusätzlichen Versalzung von Werra und Weser durch die hessische K+S Kali GmbH

Seit Oktober 2006 häufen sich in den Medien alarmierende Meldungen über die K+S Kali GmbH und deren Planung einer 60 km langen Pipeline von ihrem Werk Neuhof bei Fulda nach Philippsthal. Über diese Pipeline sollen zusätzlich 700.000 m³ Salzlake (Haldenabwässer) in die Werra geleitet werden und somit auch die Weser hinabfließen. Eine weitere erhöhte Salzfracht würde den Zustand beider Gewässer deutlich verschlechtern.

Hier sind elementare Interessen der Anrainer von Werra und Weser betroffen. Zusätzlich konterkarieren die Planungen der K+S Kali GmbH die langjährigen enormen Anstrengungen der Anrainerkommunen- und Landkreise zur Verbesserung der Wasserqualität von Werra und Weser. Grundlagen für die Weserfischer, die Sportangler und die Tourismusbemühungen bei uns im LK Nienburg wären konkret gefährdet. Das Projekt steht aber auch in krassem Gegensatz zum Geist und Gehalt der Bund-Länder-Vereinbarung vom 30. März 1992, die umfänglich und eindeutig die rasche Verbesserung der Wasserqualität von Werra und Weser festschreibt.

Nur dieses Bund-Länder-Abkommen von 1992 definiert die derzeit gültige Rechtslage und kann allenfalls auf dieser Grundlage fortgeschrieben werden. Die Vereinbarungen und Festlegungen von 1942 und 1947, auf denen die derzeitigen Planungen basieren, sind dazu nicht geeignet, da sie keine gewässerökologischen Zielsetzungen enthalten.

Ziel aller Bemühungen muss daher sein, den früheren Zustand von Werra und Weser als Süßwasserbiotop wiederherzustellen, damit eine breitere Nutzung des Werra- und Weserwassers wieder möglich wird und vor allem nachhaltige langjährige Entwicklungschancen insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Wasserrahmenrichtlinien ermöglicht.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, bei den zuständigen hessischen Behörden eine Beteiligung am weiteren Verfahren mit Nachdruck einzufordern und im Sinne der Vereinbarungen aus den Jahren 1988 (Aktionsprogramm Weser) und 1992 (Bund-Länder-Abkommen) tätig zu werden! Die Billiglösung, Werra und Weser als Abwasserkanäle zu missbrauchen, ist bei heute möglichen Techniken nicht mehr akzeptabel.


Ernst Brunschön

SPD-Kreistagsfraktion Nienburg/Weser
Georgstr. 28
31582 Nienburg

Telefon: (05021) 605 381
Telefax: (05021) 14 564

